



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Eigenheimerverbandes Deutschland e. V.
zur Bundestagswahl 2013**

1. Energiepolitik

1.1 Energetische Sanierung

Sich in relativ kurzen Zeiträumen verändernde Anforderungen an die energetische Sanierung haben zur Verunsicherung der Hausbesitzer geführt. Um keine Fehlinvestitionen zu tätigen, werden deshalb Sanierungen im Gebäudebestand häufig verschoben.

Gleichzeitig sind die energierelevanten Auflagen beim Neubau auf einem Niveau gelandet, das zu Kostensteigerungen führt, die den Erwerb von Wohneigentum, insbesondere für sogenannte Schwellenhaushalte, nahezu ausschließen. Im Mietwohnungsbau sind sozialverträgliche Mieten kaum noch zu erreichen.

Eine zukunftsorientierte Energiepolitik muss eine signifikante Energieeinsparung zum Ziel haben, um weiterhin wirtschaftliche Prosperität zu garantieren. Energieeffizienz einerseits und Verbrauchseinsparungen andererseits, insbesondere im Gebäudebereich, bilden die Schwerpunkte des Prozesses.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die finanziellen Belastungen aus energetischen Maßnahmen im Gebäudebestand und im Neubau für Hauseigentümer, wie insbesondere für junge Erwerber-Familien, tragbar bleiben?

Antwort

Von den Haus- und Wohnungseigentümern wird für das Gelingen der Energiewende ein großer Beitrag erwartet. Um die Energieeinsparung, die Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebereich zu erhöhen, setzen CDU und CSU auf freiwillige Investitionen, die wir fördern und mit einem breiten Informations- und Beratungsangebot schon heute unterstützen. Sanierungszwänge lehnen wir ab. Zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung werden wir das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm mit Investitionszuschüssen und zinsgünstigen Darlehen zumindest auf dem bisherigen Niveau weiterführen. Mittelfristig ist eine marktgerechte Erhöhung der Unterstützung anzustreben. Zusätzlich halten wir am Plan der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung fest, die durch die ablehnende Haltung der Ministerpräsidenten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bisher nicht erreicht werden konnte.

1.2 Energiewende und Strompreise

Sinkende Strompreise an der Börse und steigende Strompreise beim Verbraucher. Mit Recht führt dieser Widerspruch zu großer Verärgerung in der Bevölkerung. Auch die massenweise Befreiung der Unternehmen, auch solcher, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, von der EEG-Umlage zu Lasten der übrigen Verbraucher ist nicht nur in höchstem Maße ungerecht, sondern fördert den Widerstand gegen die Energiewende. Auch die Frage, ob steigender Einsatz landwirtschaftlicher Flächen für den Betrieb von Biogas-Anlagen zu steigenden Lebensmittelpreisen führen wird, ist nicht ganz unbegründet.

Die Energiewende im vorgesehenen Zeitrahmen bei gegebener Versorgungssicherheit zu sozialverträglichen Preisen zu realisieren, wäre nicht nur ein Meilenstein im Kampf um den Klimaschutz, sondern würde für Deutschland zum Exportschlager par excellence.

Welche Bedeutung hat für Sie die Energiewende im gesamten politischen Handlungsspektrum und mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie Zeitrahmen, Versorgungssicherheit und sozialverträgliche Preise im Griff behalten?

Antwort

Die Energiewende ist eine gewaltige technische und organisatorische Herausforderung. Wir wollen auf der Basis der nationalen Strategie zur Umsetzung der Energiewende die notwendige Koordination und den Dialog insbesondere zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern stärken. Deutschland ist bei der Energiewende schon gut vorangekommen: Mit einem Anteil von 22 Prozent Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung zählen wir schon heute international zur Spitzengruppe der Industrieländer.

Für einen weiteren Erfolg der Energiewende sind jedoch zusätzliche Anstrengungen erforderlich. CDU und CSU wollen den Ausbau des Stromnetzes genauso beschleunigen wie die Entwicklung neuer Speichertechnologien. Um den Netzausbau voranzutreiben, haben wir bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Mit dem Energieleitungsausbaugesetz, dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz sowie dem Bedarfsplangesetz stellen wir sicher, dass zentrale länderübergreifende Projekte durch schnellere Verfahren und eine bessere Koordination rascher fertiggestellt werden können. Darüber hinaus sollen auch der europäische Stromverbund und die Grenzkuppelstellen weiter ausgebaut werden.

Künftig wollen wir den Netzausbau besser mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien verzahnen. Wir setzen zudem stärkere Anreize für Forschung und Entwicklung sowie einen nachhaltigen Ausbau von Energiespeichern.

Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss gar nicht erst erzeugt werden. Deshalb ist Energiesparen ein Schlüssel für den Erfolg der Energiewende. Die meiste Energie in Deutschland wird in Gebäuden benötigt – damit es im Winter warm ist, wir nicht im Dunkeln sitzen oder der Kühlschrank läuft. Mit besseren Informationen über sparsame Geräte, Heizungen und eine Beratung über die sinnvolle Dämmung unserer Häuser wollen wir auf die großen Einsparmöglichkeiten hinweisen. Dabei verfolgen wir das Prinzip der Technologieoffenheit: Wir wollen niemandem vorschreiben, welche Technik zum Einsatz kommen soll. Bis zum Jahr 2020 wollen wir so den Stromverbrauch in Gebäuden um mindestens zehn Prozent vermindern. Investitionen in Energiesparmaßnahmen wollen wir finanziell fördern. Die Umsetzung soll sich für Eigentümer und Mieter lohnen. Dazu werden wir das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen. Über eine steuerliche Förderung wollen wir zusätzliche Anreize für private Investitionen bei der Gebäudesanierung auslösen. Das stärkt auch das Handwerk, das die Maßnahmen vor Ort umsetzt.

2. Alternde Gesellschaft

Die demografische Entwicklung verändert das gesellschaftliche Zusammenleben. Altersgerechter Umbau im Gebäudebestand wie entsprechende Standards beim Neubau ermöglichen ein längeres Verweilen in den eigenen vier Wänden. Die Sozialkassen werden entlastet. Entsprechende Förderprogramme haben Wirkung gezeigt.

Ein weiteres Problemfeld, das durch den demografischen Wandel verstärkt wird, tritt in den Siedlungsbereichen, insbesondere im ländlichen Raum auf. Die Jugend zieht es in die Städte. Dort steigt der Wohnungsmangel. Die ländlichen Räume fallen leer, während die Städte und ihre Randgebiete zugebaut werden.

a: Mit welchen Maßnahmen werden Sie in Zukunft den altersgerechten Umbau fördern?

Antwort

Die steigende Lebenserwartung bringt veränderten Handlungsbedarf in der Stadtentwicklung und beim Wohnungsbau mit sich. Unser Ziel ist es, dass die Menschen möglichst lange unabhängig und eigenverantwortlich in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Es müssen mehr generationengerechte Wohnungen zur Verfügung stehen. Dazu trägt neben der grundsätzliche Ausrichtung des Neubaus vor allem auch der Umbau von vorhandenem Wohnraum bei. Das wollen CDU und CSU weiter fördern. Wohnungsnahe Dienstleistungsangebote entlasten Menschen im Alltag und sollen gezielt ausgebaut werden. Für die verbesserte technische Ausstattung von generationengerechten Wohnungen brauchen wir auch mehr Anstrengung in Forschung und Entwicklung. Hier entsteht gerade ein großer Markt mit vielen neuen Angeboten und Chancen. Das wollen wir im Interesse der Menschen nutzen.

b: Mit welchen Mitteln und Maßnahmen wollen Sie die angemessene Lebensqualität schrumpfender Gemeinden im ländlichen Raum erhalten?

Antwort

Deutschland braucht starke Städte und einen starken ländlichen Raum. Wir sind stolz auf die regionale Vielfalt unseres Landes. Mit CDU und CSU haben die ländlichen Räume auch in der Bundespolitik wieder einen hohen Stellenwert erhalten. Zusammen mit den Städten sind die ländlichen Regionen das Gesicht unseres Landes. In der Demografiestrategie spielen die ländlichen Regionen eine große Rolle. Zahlreiche Förderinstrumente wie z. B. die Programme zur Dorferneuerung und zum Städtebau haben wir stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume ausgerichtet. Mit dem sog. „Versorgungsstrukturgesetz“ erleichtern wir es Ärzten, sich in ländlichen Regionen niederzulassen und damit die medizinische Versorgung zu sichern.

CDU und CSU wollen eine verlässliche Förderung der ländlichen Regionen, damit sie auch künftig eine lebenswerte Heimat bleiben. Wir wollen die Infrastruktur stärken, damit z. B. Bildungseinrichtungen oder Kinderbetreuungsangebote weiterhin auf dem Land gut erreichbar sind. So gibt es viele Möglichkeiten für die Anpassung des öffentlichen Raums

und des Wohnumfeldes an die Bevölkerungsentwicklung. Das gilt etwa für die Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsangebote, die oft noch nicht ausreichend darauf vorbereitet sind. Gemeinsam mit den Ländern werden wir die Kommunen dabei unterstützen, diese Aufgaben in Angriff zu nehmen.

CDU und CSU werden darauf achten, dass der ländliche Raum an die großen Verkehrsachsen unseres Landes angeschlossen bleibt, ebenso wie an einen attraktiven Schienen- und Busverkehr. Dort, wo der öffentliche Linienverkehr nur eingeschränkt aufrecht zu erhalten ist, setzen wir auf neue Ansätze wie Rufbusse, Senioren- und Jugendtaxen, Mitfahrzentralen und kombinierte Personen- und Gütertransporte. Für mobile Dienstleistungsangebote (z. B. rollende Verkaufsläden, Apotheken und Banken) wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Wir wollen, dass die ländlichen Räume für Menschen und Unternehmen gleichermaßen attraktiv sind. Wir werden die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen weiter verbessern, Investitionsanreize setzen und Wachstumsimpulse geben. Die Energiewende ist eine große Chance für den ländlichen Raum. Wenn die Wertschöpfung in den Regionen bleibt, können sich die Menschen direkt finanziell beteiligen, wenn sie beispielsweise Grund und Boden für Trassen und Energieanlagen zur Verfügung stellen.

CDU und CSU sehen Wohneigentum auch als bewusste Entscheidung der Menschen für die Region und als Teil der Altersvorsorge. Deshalb wollen wir mit Blick auf die in manchen Regionen rückläufigen Bevölkerungszahlen die Möglichkeit schaffen, dass der Erwerb von Bestandsimmobilien, d. h. bereits vorhandene Wohnungen und Häuser, besser unterstützt wird als der Neubau. Das ist ein wichtiges Signal zur Aufwertung von Immobilien in oft schwierigen Märkten.

3. Steuern, Beiträge, Abgaben

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte in Verbindung mit der gesetzlichen Schuldenbremse führt zu immer lauter werdenden Diskussionen über neue Einnahmequellen von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Angst in der Bevölkerung, dass die Sanierung der Haushalte eher über die Erhöhung von Steuern, Beiträgen und Abgaben erfolgt als durch sinnvolles Sparen, wächst.

3.1 Vermögensteuer

Befürworten Sie eine Vermögenssteuer und/oder -abgabe? Wenn ja, welche Bewertungskriterien und welche Freigrenzen würden Sie für Immobilien, insbesondere für selbstgenutztes Wohneigentum, vertreten?

Antwort

Auf alles legal zustande gekommene Vermögen wurden bereits Steuern entrichtet. Wirft das Vermögen Gewinn – etwa Zinsen – ab, ist auch dieser steuerpflichtig. Eine zusätzliche Abgabe lehnen wir nicht zuletzt aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Sie hätte zudem verheerende Wirkungen auf den Bau von Wohnungen und für private Eigenheimbesitzer. Denn dadurch würden den potentiellen Investoren die dringend erforderlichen Investitionsmittel für den Wohnungsbaumarkt entzogen. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen CDU und CSU genauso ab, wie die Einführung einer Vermögensabgabe.

3.2 Erbschaftsteuer

Einen herausragenden Stellenwert in der Diskussion hat die Erbschaftsteuer.

Steht auf Ihrer politischen Agenda die Reform der Erbschaftsteuer. Wenn ja, welche Ziele verfolgen Sie und in welcher Form wären selbstnutzende Eigenheimbesitzer einerseits und Besitzer von Mietobjekten andererseits davon betroffen?

Antwort

Der besonderen Bedeutung von Eigenheimen haben wir bei der letzten Erbschaftsteuerreform Rechnung getragen. Wir haben dafür gesorgt, dass selbstgenutztes Wohneigentum weitestgehend steuerfrei vererbt werden kann. Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lehnen CDU und CSU ab.

3.3 Grunderwerbsteuer

Seit der Föderalismusreform 2006 gibt es Bestrebungen der Länder, die kommunalen Haushalte mittels einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu konsolidieren. Der Steuersatz in Bayern beträgt 3,5 Prozent, was deutlich unter den Spitzenwerten von mehr als 5 Prozent liegt, die in anderen Ländern erreicht werden. Dennoch geht die derzeitige Regelung vor allem zulasten junger Familien.

Stimmen Sie mit uns überein, dass eine niedrigere Grunderwerbssteuer ein zusätzlicher Anreiz für die Schaffung oder den Erwerb von Wohnraum wäre?

Antwort

Die Nebenkosten für den Erwerb von Wohneigentum in Deutschland sind hoch. CDU und CSU kritisieren die Anhebung der Grunderwerbsteuer in vielen Ländern, was den Erwerb und Bau von Wohnraum verteuert. Doch liegt die Höhe der Grunderwerbsteuer nicht im Ermessen des Bundes, denn seit dem 1. September 2006 dürfen die Länder den Steuersatz selbst festlegen.

3.4 Grundsteuer

Eine gesetzliche Neuregelung der Grundsteuer ist abzusehen. Eine Erhebung der Grundsteuer auf der Basis einer am Verkehrswert orientierten Bemessungsgrundlage würde insbesondere in Ballungsgebieten aufgrund der hohen Bodenwerte zu einer Verschiebung zu Lasten von Ein- und Zweifamilienhäusern führen. Dies würde eine zusätzliche, kaum noch tragbare Belastung des selbstgenutzten Wohneigentums bedeuten.

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf eine einfache, transparente und aufkommensneutrale Regelung der Grundsteuer?

Antwort

Das Aufkommen der Grundsteuer steht den Gemeinden zu und ist die zweitwichtigste Kommunalsteuer. Diese legen die Höhe selbst fest. Die Länder wollen gemeinsam eine Grundsteuerreform angehen, haben sich aber noch nicht auf ein Modell verständigt. Die Finanzministerkonferenz hat sich dafür ausgesprochen, bei der Grundsteuerreform ausschließlich die Ziele der Aufkommensneutralität und Verwaltungsvereinfachung zu verfolgen.

3.5 Straßenausbaubeiträge

Die (einmalige) Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Verbesserung und Erneuerung von Straßen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) bringt die Anlieger nicht selten an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Da diese bereits für die Ersterschließung bezahlt haben und die Straßen auch von der Allgemeinheit genutzt wer-

den, wäre es nur gerecht, Straßenausbaukosten über allgemeine Steuermittel zu finanzieren.

Auf welche Weise wollen Sie mehr Abgabengerechtigkeit erreichen und gleichzeitig einen Anreiz für die Kommunen zu mehr Wirtschaftlichkeit schaffen?

Antwort

In fast allen Ländern gibt es Straßenausbaubeiträge. CDU und CSU sind der Auffassung, dass die Länder den Gemeinden im Kommunalabgabengesetz freistellen sollen, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten. So hat etwa die CDU in Berlin nach Regierungsbeteiligung ihr Wahlversprechen umgesetzt und das rot-rote Straßenausbaubeitragsgesetz wieder abgeschafft.